



**Kurzfassung** von Verena Diersch

### **Der Brexit, den niemand wollte?**

Der Brexit-Entwurf ist da, doch so richtig zufrieden scheint niemand. Bevor überhaupt alle Details des 500 seitigen Textes bekannt waren, hatten ihn die die Brexiteers verbal abgelehnt – vor allem deshalb, weil der EU-Austritt Großbritanniens nach diesem Fahrplan paradoxerweise nicht zu mehr Selbstbestimmung (wie beispielsweise in Handelsfragen), führen wird, sondern tendenziell zu weniger Einfluss: „Zum ersten Mal in tausend Jahren wird dieses Parlament nicht mehr darüber entscheiden können, von welchen Gesetzen dieses Land regiert wird“, war die Reaktion von Boris Johnson, dem *poster boy* des Brexits. Damit steht er nicht allein; drei Minister des britischen Kabinetts nahmen ihren Hut.

Grund für die Empörung ist vor allem, dass Großbritannien nach dem von Theresa May vorgeschlagenen, geordneten Brexit-Verfahren zwar ab dem 29. März 2019 nicht mehr Mitglied der Europäischen Union sein wird, allerdings in einer Übergangsphase weiterhin Bestandteil der Zollunion. Durch diese Zugehörigkeit entfallen Binnenzölle zwischen Großbritannien und der EU-27, wovon beide profitieren dürften, allerdings bedeutet dies auch, dass Großbritannien lediglich Vollstrecker der von den EU-Mitgliedsländern beschlossenen Regeln und Außenzölle wird. Konkret also: Einfuhren aus EU und Nicht-EU-Staaten unterliegen Vorgaben (Zölle und nichttarifäre Handelsbeschränkungen), auf die Großbritannien kaum

Einfluss nehmen kann. Davon abgesehen ist den Briten aber vor allem wichtig, dass die Personenfreizügigkeit durch den Brexit aufgekündigt wird. Die Europäer werfen den Briten deshalb *cherry picking* vor, denn, wie Donald Tusk bekräftigte, der Binnenmarkt beinhalte neben dem freien Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital auch den von Arbeitskräften.

Wie genau die endgültigen Regeln der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU aussehen werden, wird damit vermutlich noch Gegenstand heftiger politischer Verhandlungen sein. Denn der aktuelle Brexit-Deal sieht vor, dass eine Übergangsphase zur Diskussion des zukünftigen Verhältnisses bis zum 31.12.2020 eingerichtet werden könnte. In den Brexit-Verhandlungen scheinen also so schnell keine klaren Ergebnisse absehbar. Es sei denn, der *worst case* würde eintreten: Kann keine verbindliche Einigung zwischen der EU und Großbritannien getroffen werden, dann könnte der sogenannte ‚harte Brexit‘ greifen, an dessen Ende Großbritannien am 29. März 2019 nicht mehr Mitglied der EU sein wird, jedoch ohne, dass die Folgen vorher durch einen Vertrag aufgefangen werden können. Die EU-27 hat, rund zweieinhalb Jahre nach dem Brexit-Votum in Großbritannien, am 25. November dem aktuellen Entwurf des geordneten Brexit-Verfahrens bereits zugestimmt. Nun müssen noch das Europäische und, viel wichtiger, das britische Parlament zustimmen. Die Parlamentsentscheidung in Großbritannien wird für den 11. Dezember erwartet.

Solange das Ergebnis dieser Abstimmung nicht feststeht, bleibt Zeit darüber nachzudenken, ob die Folgen jeglicher Einigung, und damit der Brexit an sich, noch gänzlich abwendbar wären. So zweifeln plötzlich nicht nur mehr die Gegner am Brexit. Selbst die Brexiteers sehen sich von der Realität eingeholt. Dies kann nicht überraschen, ist doch das Referendum zum EU-Austritt wohl bewusst von fehlerhaften Informationen und sogar Manipulationen in Sozialen Medien maßgeblich beeinflusst worden. Ein schottisches Gericht hat den Europäischen Gerichtshof nun angerufen, um

die Möglichkeiten zu einem geordneten Rückzug zu klären. Es soll die Grundsatzfrage geklärt werden, ob überhaupt und wie der Austrittsantrag nach Artikel 50 EUV annulliert werden könnte.

Es bleibt also spannend, auch deshalb, da der Regierung in London zusehends ihr hegemoniales (geo)strategisches Erbe auf die Füße fällt. Zwar hat Spanien seine Drohung, die Einigung der EU zum Brexit-Vertrag mit seinem Veto zu blockieren, wenn Großbritannien nicht Zugeständnisse bezüglich der Versicherung wirtschaftlicher Einbindung und Personenfreizügigkeit Gibraltars macht, aufgegeben. Hintergrund dieses Kalküls war wohl auch die in Andalusien am 2. Dezember anstehende Regionalwahl, die für die sozialdemokratische Minderheitsregierung von Pedro Sánchez in Madrid schicksalsbestimmend sein könnte.

Viel schwieriger für die Briten liegt die Causa Nordirland. Denn das Karfreitagsabkommen von 1998, das den blutigen Bürgerkrieg auf der irischen Insel beendete, sieht ausdrücklich vor, dass Irland nicht durch eine feste Grenze geteilt werden darf. Die Positionierung hierzu fiel Großbritannien besonders schwer, da der Konflikt die Identität vieler Briten berührt. In dem Bürgerkrieg und der Unterstützung der nordirischen Unionisten hat die Regierung in London diplomatisch und militärisch viel investiert. Denn selbst wenn es im Wesentlichen darum ging, den blutigen Kampf zu befrieden, hat London seine Machtstellung auf der irischen Insel nie aufgeben wollen. Auch wenn der sogenannte Backstop im Brexit-Vertrag die Einrichtung einer festen Grenze nun verhindern soll: einige Nordiren sind dagegen, dass unterschiedliche Regelungen für Nordirland und Großbritannien gelten sollen. In der nun anstehenden Abstimmung über den Brexit im britischen Parlament ist Theresa May also auf die Unterstützung der nordirischen Partei DUP angewiesen. Diese hat der Premierministerin jedoch bereits öffentlichkeitswirksam die Gefolgschaft versagt. Für May ist das bedrohlich, war die DUP doch ein Pfeiler zum Machterhalt der Tories. Es scheint so, als könnte die internationale Gemeinschaft im Nordirlandkonflikt nur noch auf die Vernunft zweier weiterer Beteiligter

bauen. Die IRA auf der irischen und die UVF/UDA auf der britischen Seite haben ihre Waffen abgegeben und den Konflikt offiziell für beendet erklärt. Experten gehen zwar davon aus, dass beide Gruppen noch Organisationsstrukturen bereithalten. Doch wir müssen hoffen, dass die Waffen weiter schweigen. Was bleibt, ist das schale Gefühl, das vom bereits über zweijährig andauernden Kater der EU geblieben ist. Die Demontage europäischer Strukturen begann mit dem Paukenschlag des Brexit-Referendums, doch das Orchester hat die Bühne zum Teil bereits verlassen und das Aufräumen denjenigen überlassen, die noch bereit sind Verantwortung zu übernehmen.

**Verena Diersch** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln sowie Redakteurin und SocialMedia-Beauftragte der ZfAS. Ihre Forschungsschwerpunkte betreffen Themen der internationalen Beziehungen und Außenpolitik, wie etwa Intelligence(-Kooperation) und Cybersicherheitspolitik.